Deutschland Panorama



Papst Franziskus (I.), Tebartz-van Elst (r.)

KATHOLIKEN

Limburger Bischof muss warten

Franz-Peter Tebartz-van Elst, Bischof von Limburg, lebt derzeit bekanntlich außerhalb seines Bistums. "In Erwartung der Ergebnisse" einer Untersuchungskommission zu dem umstrittenen Bauvorhaben in Limburg hatte ihn der Papst im Oktober vorübergehend ins Exil geschickt. Das könnte länger dauern als gedacht: Die Kommission wird ihren Abschlussbericht doch nicht bereits im Januar 2014 vorlegen. Kommissionsmitglieder rechnen mit einem Ergebnis frühestens zu Ostern, womöglich erst zum Sommerbeginn. Die Verzögerung ist auf eine unerwartet große Zahl von Rechnungen und Unterlagen zurückzuführen, die zu prüfen sind. Tebartz-van Elst war wegen des auf mindestens 31 Millionen Euro veranschlagten Baus heftig kritisiert worden. Die Verwaltung des Bistums wurde im Oktober auf den Generalvikar übertragen; der Bischof hält sich in einem bayerischen Kloster auf. Die Kommission wurde von der Deutschen Bischofskonferenz eingesetzt und steht unter der Leitung des Paderborner Weihbischofs Manfred Grothe. Sie soll nicht nur die Kosten begutachten, sondern auch untersuchen, wer für die Entscheidungen verantwortlich war.

LOBBYISMUS

Merkwürdige Spende

Zuerst die Spende an die Partei, dann die Rede des Staatsministers - ein Auftritt von Eckart von Klaeden wirft Fragen auf. Die Berenberg Bank zahlte im August 15000 Euro an den CDU-Kreisverband Hildesheim, dem Klaeden angehört. Wenige Wochen später reiste Klaeden in seiner damaligen Funktion als Staatsminister zu einem Kongress der Hamburger Privatbank nach München und hielt eine Rede. Anschließend besuchte er auf Einladung der Bank das Oktoberfest und übernachtete in einem Hotel in Unterschleißheim. Das Kanzleramt erklärte, Klaeden habe die Rede "unentgeltlich gehalten". Die Reisekosten seien über das Kanzleramt abgerechnet worden. Da jedoch nur wenige Wochen zwischen der Spende und dem Auftritt liegen, drängt sich der Verdacht auf, dass Klaedens Engagement als Gegenleistung erfolgte. Klaeden bestreitet diesen Vorwurf energisch. Über seinen Anwalt lässt er ausrichten, dass die Rede auf der Investorenkonferenz "in keinerlei Zusammenhang mit einer Spende" gestanden habe. Klaeden arbeitet inzwischen als Lobbyist für Daimler. Zum Zeitpunkt der Spende war die CDU in seinem Heimatwahlkreis dringend auf finanzielle Hilfe angewiesen. Neben dem kostspieligen Bundestagswahlkampf musste die Partei die Kampagne für einen parteilosen Oberbürgermeisterkandidaten mitfinanzieren. Zudem stand Klaeden in seinem Landesverband unter Druck. Parteifreunde machten den damaligen CDU-Kreisvorsitzenden für den Verlust eines wichtigen Wahlkreises bei der Landtagswahl verantwortlich.

JEMEN

Zwei Morde, eine Waffe

Das Bundeskriminalamt (BKA) geht dem Verdacht nach, dass ein Qaida-Kommando im Jemen Jagd auf Ausländer macht. Hintergrund sind mehrere Morde und Entführungsversuche. BKA-Ermittler reisten nach Sanaa, um unter anderem neue Hinweise im Mordfall des deutschen Personenschützers Mirko K. zu prüfen. Sie sichteten Videoaufnahmen aus dem Supermarkt, in dem der Bundespolizist am 6. Oktober zusammen mit einem Kollegen

eingekauft hatte, bevor er von Unbekannten erschossen wurde. Inzwischen gehen die Fahnder davon aus, dass der 39-Jährige entführt werden sollte und versuchte zu fliehen. Auf dem Parkplatz vor dem Geschäft traf ihn eine Kugel von hinten in den Kopf. Die bei dem Angriff verwendete Waffe wurde vermutlich auch bei einem Anschlag auf zwei Militärexperten aus Weißrussland eingesetzt. Ein Schütze auf einem Motorrad erschoss einen der Männer vor deren Hotel in Sanaa. Der zweite wurde verletzt. Es gebe Indizien dafür, dass es sich in beiden Fällen um dieselbe Tatwaffe handle, erklärte ein hochrangiger Ermittler. Das

BKA prüft zudem, ob zwei Entführungsversuche von saudi-arabischen und katarischen Diplomaten auf das Konto der Angreifer gehen. Die Bundesregierung hat alle Entwicklungshelfer aus dem Jemen abgezogen. Auch die Bundespolizei will ihre Beamten zurückholen, doch das Auswärtige Amt lehnt eine Schließung der Botschaft bislang ab. Bei einem Angriff auf das jemenitische Verteidigungsministerium waren am vorigen Donnerstag mindestens 52 Menschen ums Leben gekommen, darunter zwei deutsche Mitarbeiter der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit und deren einheimischer Fahrer.